



Verteidigungsminister Ueli Maurer, Rekrut: Möglichst viel Geld für eine traditionelle Milizarmee

FOTO: MARCEL BIERI/KEYSTONE

Maurer will Volksentscheid

Offiziere wollen Initiative zur Armeefinanzierung lancieren

VON JOËL WIDMER UND
ANDREAS WINDLINGER

BERN Nach dem Entscheid des Bundesrates, die Übung Kampffjetkauf abzubrechen, macht Verteidigungsminister Ueli Maurer auf mehreren Ebenen Druck und fordert mehr Geld für sein Konzept einer traditionellen Milizarmee. Im Interview mit der SonntagsZeitung fordert er den Bundesrat auf, eine Verfassungsgrundlage zur Finanzierung der Armee zu prüfen (siehe unten). Er denkt dabei an ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes, was aktuell rund 5,3 Milliarden Franken wären. Zurzeit erhält die Armee rund 4,5 Milliarden. Die Schaffung einer Verfassungsgrundlage wäre mit einer Volksabstimmung verbunden. Für den Fall, dass er nicht mehr Geld erhalten sollte, droht Maurer mit dem Abgang aus dem VBS.

Offiziersgesellschaft prüft Lancierung von Volksinitiative

Bei der Suche nach mehr Geld und dem Plan für eine Volksabstimmung erhält Maurer Unterstützung der Offiziere. Der Vorstand der Luftwaffen-Offiziere hat entschieden, der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG) die Lancierung einer Volksinitiative zur Armeefinanzierung vorzuschlagen. «Die Zeit ist gekom-

men, das Volk zu Hilfe zu rufen, um die Politik zu Raison zu bringen», sagt Fabian Ochsner, Präsident der Luftwaffen-Offiziere. Auch Ochsner möchte die Verteidigungsausgaben mit dem Bruttoinlandsprodukt koppeln.

Bei der SOG, die einer Volksinitiative bisher skeptisch gegenüberstand, findet Ochsner nun

mehr Gehör. «Nach dem jüngsten Bundesratsentscheid wollen wir ernsthaft prüfen, ob wir eine Volksinitiative lancieren, mit welcher der Armee ein Minimum an benötigten Geldmitteln gesichert werden kann», sagt deren Präsident Hans Schatzmann. In den letzten Jahren habe sich das Stimmvolk in seinen Entscheiden

– anders als Bundesrat und Parlament – immer armeefreundlich gezeigt, so Schatzmann.

Merz verhalf Maurer im Bundesrat zum Sieg

Solange er nicht mehr Geld erhält, will Maurer die vorhandenen Mittel voll und ganz zugunsten eines möglichst grossen und gut ausgerüsteten Milizheeres einsetzen. Kampffjets haben für ihn keine Priorität. Am Mittwoch beantragte Maurer, die Jet-Beschaffung definitiv zu beerdigen. Finanzminister Hans-Rudolf Merz verhalf Maurer zusammen mit den beiden SP-Bundesräten zu einer Mehrheit für eine Nicht-Beschaffung – die übrigen Bundesräte konnten bloss die Auflage durchdrücken, dass 2015 ein neuer Anlauf geprüft wird.

Bis dann will Maurer möglichst viel Geld in eine traditionelle Milizarmee stecken. Im Entwurf zum Armeebericht von Ende Juli fordert Maurer, wieder zwei ganze Brigaden – ein Viertel der Armee – für den klassischen Kriegsfall auszurüsten. Auch 30 000 Mann Schutzinfanterie, welche für Hilfspolizeiinsätze zugunsten der zivilen Behörden eingesetzt werden sollen, will Maurer flächendeckend mit Schützenpanzern und persönlichem Material ausrüsten. Kosten: 1,4 Milliarden Franken.

Industrie verliert Aufträge in Milliardenhöhe

Schweizer Firmenchefs sind konsterniert über den Kampffjet-Entscheid des Bundesrats. Ihnen entgehen Gegengeschäfte.

«Skandalös», «blamabel», «katastrophal»: Schweizer Industriechefs können den Entscheid des Bundesrates, die Kampffjet-Beschaffung auf Eis zu legen, kaum fassen. Ihnen entgehen Tauschgeschäfte bis zu 2,2 Mrd. Fr. von den Gegengeschäften, die üblicherweise dem Wert der importierten Güter entsprechen, hätten neben grossen Firmen wie Ruag bis zu 40 kleine und mittlere Unternehmen profitiert. Etwa die Sauter, Bachmann AG aus Netstal. Der Zahnrad- und Getriebehersteller mit 140 Angestellten und 35 Mio. Fr. Umsatz hatte einen Vorvertrag mit Triebwerksbauer Rolls-Royce in der Tasche und hätte Aufträge bis zu

40 Mio. Fr. binnen fünf Jahren abarbeiten können. «Doch Rolls-Royce teilte uns mit, dass unser Auftrag storniert werde», sagt Firmenchef Martin Sauter. Den Ausschlag dafür hätten «die anhaltenden Unsicherheiten im Beschaffungsprozess» gegeben. Der Auftrag ging nach Südeuropa. Frank Brinken, CEO des Maschinenbauers Starrag Heckert, sagt: «Wir haben uns international blamiert.» Der Beschaffungsprozess sei ein weiteres Beispiel für die industriefeindliche «Ländler-Politik». «Statt in eine moderne Luftwaffe investieren wir nach dreijähriger Evaluation in nutzlose Immobilien, Grenadier-Depots und Munitionslager.» ALICE CHALUPNY

«Man könnte die Schuldenbremse neu definieren»

Verteidigungsminister Ueli Maurer macht Vorschläge auf der Suche nach mehr Geld für die Armee

Herr Maurer, Sie werden mit dem Finanzdepartement ein Konzept für die Finanzierung neuer Kampffjets erarbeiten. Wo sehen Sie denn ausserhalb des ordentlichen Budgets Möglichkeiten?

Man könnte einerseits die Schuldenbremse neu definieren und so ausserhalb des ordentlichen Budgets Geld für Kampffjets bereitstellen. Andererseits soll man prüfen, ob man eine Verfassungsgrundlage zur Finanzierung der Armee schaffen sollte. Man könnte zum Beispiel festlegen, dass

1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Armee ausgegeben wird. Eine Verfassungsänderung müsste vors Volk. Würden Sie eine Abstimmung über die Armeefinanzierung in naher Zukunft begrüssen? Ich war immer der Meinung, dass Grundsatzfragen vom Volk beantwortet werden müssen.

Welche Art der Finanzierung würden Sie favorisieren? Eigentlich sollte uns die Sicherheit des Landes so viel wert sein, dass wir im ordentlichen Budget

genug Mittel zur Verfügung stellen.

Und was ist, wenn Sie das nötige Geld nicht erhalten? Dann wechsle ich das Departement.

Sie machen einfach Druck? Es geht darum, dass ich am Schluss die Verantwortung für diese Armee und ihre Soldaten trage. Und diese kann ich nicht mehr übernehmen, wenn man nicht bereit ist, den Soldaten die Ausbildung und die Ausrüstung zu geben, die sie befähigt, ihren Auftrag zu erfüllen. Dann muss

ich ja wohl das VBS abgeben. Und jemand muss dieses übernehmen, der glaubt, das verantworten zu können.

Sie sprechen von der Departementsverteilung in diesem Herbst?

Nein, zuerst muss jetzt die ganze Diskussion über den Armeebericht geführt werden. Das braucht vielleicht ein Jahr. Dann haben wir Klarheit.

Also nach den Wahlen 2011.

Das werden wir sehen.

INTERVIEW: JOËL WIDMER UND DENIS VON BURG

POLITOHR

Seit dem Interview von **Micheline Calmy-Rey** in der letzten SonntagsZeitung diskutiert Politbarn über die Frage, ob ein Bundesrat mit fünf Frauen noch genügend ausgewogen wäre. Nur **Ueli Maurer** erklärt, er habe grundsätzlich kein Problem mit Frauen, und schiebt gleich den ultimativen Beweis nach: «Schon meine Mutter war eine.»

Eva Herzog hat im Rennen um einen Platz auf dem SP-Ticket für die Bundesratswahlen als Nicht-Fraktionsmitglied einen schweren Stand. Nun will die Basler Regierungsrätin morgen Mittag nach Bern fahren, um sich bei den SP-Bundespolitikern bekannt zu machen – und zwar mit einer Einladung ins Bundeshaus-Restaurant Galerie des Alpes. Ob die Fraktion der Einladung folgt, ist offen. Klar aber scheint das Motto der Aussenseiterin: «Liebe geht durch den Magen.»



Eveline Widmer-Schlumpf ist berüchtigt für ihren Personalverschleiss. Nachdem ihr persönlicher Mitarbeiter **Stefan Costa** Anfang Jahr seinen Abgang bekannt gegeben hatte, fand sie längere Zeit

keinen Nachfolger. Nun ist es so weit: **Michael Widmer**, Journalist der «Berner Zeitung», soll im Oktober Costas Nachfolge antreten. Wer aufgrund des Namens vermutet, Widmer-Schlumpfs Personalpolitik sei so schlecht, dass sich nur noch Familienmitglieder von ihr anstellen liessen, liegt falsch: Widmer und Widmer-Schlumpf sind nicht verwandt.

Noch immer weiss die CVP nicht recht, wie sie sich im Hinblick auf die Bundesratswahlen vom September positionieren soll. Dabei liegt die Lösung auf der Hand. Die Partei sollte Nationalrätin **Ruth Humbel**



als Kandidatin aufstellen. Denn diese wurde kürzlich Senioren-Weltmeisterin im Orientierungslauf – die ideale Voraussetzung, um die Partei aus ihrer Verirrung im Parteien-Hickhack zu führen und den Weg nach vorne zu weisen.

Der Besuch von **Doris Leuthard** beim russischen Präsidenten **Dmitri Medwedew** hat der Schweiz nicht bloss einen neuen Aktionsplan für die wirtschaftliche Zusammenarbeit eingebracht. Leuthard konnte beim Besuch an der Schwarzmeerküste Russlands, an der Palmen wachsen, auch ihre Geografiekenntnisse erweitern. Gegenüber Medwedew gestand sie: «Ich dachte bisher, Russland sei einfach nur Tundra.»

ZITAT DER WOCHE

«Ich leide an akutem Schlafmangel»

Marcel Graf

Der Initiator der mittlerweile zurückgezogenen Todesstrafe-Initiative brach in der «Aargauer Zeitung» sein Schweigen

HEUTE

INSERATE

LOTTO	S. 2	BILDUNG UND KURSE	S. 60
SPORT AM TV	S. 38	FERIEN UND REISEN	S. 84
LESERANGEBOT	S. 74	IMMOBILIEN KAUF	S. 60
TV-PROGRAMM	S. 50	IMMOBILIEN MIETE	S. 64
RÄTSEL	S. 73	KINO	S. 48
HOROSKOP	S. 81	VERANSTALTUNGEN	S. 48
COMICS/IMPRESSUM	S. 90	MARKTPLATZ	S. 60
WETTER	S. 40	RENDEZ-VOUS	S. 48